

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertauern, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur werktags).
Bezugspreis: vierteljährl. 4.95 M. ohne Postbelehrung.
Telefon Nr. 82. — Postcheckkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Gegr. 1838 (Limburger Tageblatt)

Berantwortlicher Redakteur Hans Antes,
Druck und Verlag der Firma Schindlerscher Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die gespalte 3-Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pf. Die 91 mm breite Reklamezeile 1.50 M.
Anzeigen-Annahme bis 4 Uhr nachmittags des Vorstages.

Nummer 74

Limburg, Mittwoch den 31. März 1920

83. Jahrgang

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 29. März. (W.T.B.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung hielt Reichsanzler Müller namens der neuen Regierung seine Programmrede. Die neue Regierung sei von den gleichen Parteien wie die alte getragen. Der ehemalige Besitz muss jetzt ausgegliedert werden. Wir werden rücksichtslos und entschlossen zugreifen. Der Reichswirtschaftsstaat wird schnellstens geschaffen werden. Elektrizität, Kohle und Kali müssen in öffentliche Bewirtschaftung übernommen werden. Für die Landwirtschaft muss fühlender Druck geschaffen werden. Die neue Regierung wird die Demobilisierung der Verwaltung und die Auflösung untreuer Heeresformationen durchführen. Großzügige Fürsorge für die Kriegsopfer ist unsere heiligste Pflicht. Das Arbeiterschutzgesetz muss schleunigst durchgeführt werden, ebenso Verwaltungsreform und Beamtenbelohnungsreform. Die Arbeiter der Nationalversammlung müssen zeitig abgebrochen werden, weil das Volk nach dem Staatsstreich mit den Rapp-Unterhängern abrechnen will. Lokale Erfüllung des Friedensvertrages und Brücke mit allen Kriegsgefangenen in der Politik ist unsere Aufgabe. Unser Kurs bleibt in der Außenpolitik der alte. Zurzeit verhandeln wir mit der Entente über die Entsendung von Truppen in das gefährliche Ruhrgebiet. Frankreich will es nur gestatten, wenn es dagegen Frankfurt a. Main, Darmstadt und andere Orte belegen könnte. Das weisen wir zurück. In der deutschen Republik ist kein Platz für eine Diktatur, kommt sie, woher sie wolle. Der Rapp-Putsch hat das deutsche Volk um die Freude über die Abstimmung in Schleswig gebracht. Wir sehen den anderen Abstimmungen mit Vertrauen entgegen. Der Reichsanzler geht darauf nochmals auf den Putsch vom 13. März ein und sagt, das Volk wird zwischen den Rechtsparteien und uns. Der Generalstreit war ein Vorbild der kommenden Wahlen. Er sagt die Rechte an, zum zweitenmal den Krieg verurteilt zu haben. Noch lange wird Deutschland unter dem Wahnmittn dieser vier Tage zu leiden haben. Im Ruhrkreis wächst die Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung. Die Zustände können nicht länger geduldet werden. Hierauf wird die Sitzung unterbrochen. Als erster Redner spricht der Zentrumspolitiker Bötz. Das Verbrechen vom 13. März war eine deutsch-nationale Bewegung, aber sie war weder deutsch noch national. Alle verdächtigen Elemente müssen aus der Reichswehr entfernt und durch Bürger und Arbeiterschutz ersetzt werden. Das politische Gefügel aus dem Osten muss aus dem Reich entfernt werden. Abg. Henke (US): Rosse ist gegangen als ein Mann, der alles verloren hat. Wir werden dafür sorgen, dass die Politisierung der Gewerkschaften ihren Fortgang nimmt. Wir haben kein Vertrauen zur neuen Regierung, vor allem nicht zum Reichswehrminister. Abg. Legien (Soz.) spricht namens seiner Partei der neuen Regierung das Vertrauen aus. Der Redner hofft, dass die unabhängige Sozialdemokratie einsehen werde, wo das wahre Interesse der Arbeiter liegt. Die Hochverräte müssen gefasst und ihr Vermögen konfisziert werden, um die Lebensmittelnot der minderbemittelten Klassen zu beenden. Die Reichswehr muss umgestaltet werden, ebenso die Einwohner- und Ortswehren. Es wäre verhängnisvoll für Deutschland, wenn die getroffenen Vereinbarungen nicht schnell und energisch durchgeführt würden. Reichswehrminister Dr. Gehlert teilt mit, dass eine Untersuchungskommission eingesetzt wurde. Die Vorlage betrifft die Aburteilung durch Volksgerichte bei dem Hause bereits zugegangen. Es bleibe Rosse Verdienst, dass wir in den schweren Tagen auf einen Tag unbedingt verlässlicher Truppen rechnen könnten. Die Reichswehr muss nach der Säuberung auf breiterer demokratischer Grundlage aufgebaut werden. Reichsminister Blum fordert mit, dass gegen Rapp, Lüttwitz, Jagow, Bauer, Schiele, Beedenb, Kaltenhausen, Levezow und andere das Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet ist. Soweit sie nicht in Haft sind, ist Eisdienst erlassen und das Vermögen beschlagnahmt worden. Wegen der Verfolgung Traubs ist bei der Nationalversammlung Antrag eingegangen. Abg. Heinze (D. P.): Die gegenwärtige Versetzung muss geschahnt werden, Rapp und Lüttwitz waren nur möglich, weil wir die Revolution und den Versailler Frieden gehabt haben. Der Generalstreit war ein politischer Fehler. Abg. Haas (Dem.): Gegenüber den Hochverrätern ist rücksichtslose Streng am Platz. Rosse Arbeit muss hoch bewertet werden. Die Reichswehr muss gesaubert werden. Die Farben schwarz-weiß rot wurden von Verbrennern entzweit. Reichsanzler Müller teilt mit, dass das Exekutivkomitee in Duisburg der dortigen Reichsbankstelle mit bewaffneten Hand eine Million Mark abgenommen hat. Darauf verteidigte sich das Haus.

Berlin, 29. März. (W.T.B.) Nach den bisherigen Diskussionen geht die Nationalversammlung morgen nach Abzug der politischen Aussprache in die Osterferien, die bis zum 14. April dauern. Die Ausschüsse nehmen vorwiegend einige Tage vorher die Arbeiten auf. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, dass die Arbeiten der Nationalversammlung bis zum 25. April abgeschlossen sind, sodass Ende Mai die Neuwahlen stattfinden könnten.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Die Verlängerung der Frist gefordert.
Der "Vorwärts" berichtet aus Elberfeld, dass die sozialdemokratische Partei in Elberfeld, der Reichsregierung am 29., abends 8. Uhr, mitteilte, dass sie eine Verlängerung des Ultimatums um drei Tage verlangt. In der Kundgebung heißt es: Der Kampf bei Wesel wäre längstens morgen beendet gewesen, weil nur noch die linkstehenden Kommunisten weiter kämpfen. Der Einmarsch der Reichswehr in das Industriegebiet verzögerte uns aber, gemeinsam mit der U.S.P. und der Q.D. den Generalstreit auszurufen. Zugleich werden wir unsere Freunde im Reich für den Generalstreit und zur

beaufsichtigten Abwehr aufzurufen. Wir fordern die Abberufung des Generals Watter.

Der 30. März als kritischer Tag erster Ordnung

Karlsruhe, 29. März. (W.T.B.) Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben nach aufgespannten Deutschen die Kommunisten den 30. März als den Tag des allgemeinen Loschlags bestimmt. Von Mannheim und Stuttgart aus soll der Sturm auf über ganzen Linie auch in Süddeutschland einzehen. Von Norddeutschland aus will man die süddeutschen Kommunisten mit Maschinengewehren und Munition versehen. Zunächst aber soll Frankfurt a. Main in ihre Gewalt gebracht werden, damit von dort aus die Bewegung in Süddeutschland gestartet werden könne. Aus einem in russischer Sprache abgefaßten Brief aus Essen geht hervor, dass alle Vorbereitungen zur Erreichung dieses Ziels getroffen sind.

Häubertaten in Plauen.

Pauen, i. Vogtl., 28. März. Am heutigen Sonntag hat der Kommunistenführer Max Höls aus Falkenstein unter gewaltigem Andrang eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten. Nachdem Höls gesprochen, zog er mit fünf Automobilen, die mit Maschinengewehren bewaffnet waren, zunächst zur "Neuen Vogtländischen Zeitung", wo alles zerstört wurde. Später verlangten Bewaffnete auf Autos vom dem Kaffeehausbesitzer Trömel 100.000 Mark Lösegeld und schleppten den Proleten Rudolf Trömel als Geisel fort. Seine Frau schloß sich ihrem Gatten freiwillig an. Nachdem 100.000 Mark abgeliefert waren, wurde das Ehepaar wieder freigelassen.

Der Untersuchungsausschuss lebt noch.

Berlin, 29. März. (W.T.B.) Der erste Ausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses wollte seine öffentlichen Vernehmungen am 23. März beginnen, der zweite Untersuchungsausschuss seine Vernehmungen etwa am 13. April fortsetzen. Durch die politischen Wirren sind jedoch diese Pläne gestört worden. Ebenso verhinderte der Generalstreit, dass die Dokumente fertiggestellt wurden. Die Veröffentlichung der Urkunden dürfte in absehbarer Zeit erfolgen.

Die Strafversetzung des Rappgefolges.

Berlin, 29. März. (W.T.B.) Nach Mitteilung des Oberrechtsamts wurde der Unterstaatssekretär a. D. v. Hallenhäuser in Brandenburg verhaftet und dort gerichtlich vorgenommen. Hallenhäuser wurde am 25. März nach Leipzig gebracht und dort vom Untersuchungsrichter vernommen. Die Vermögensbeschlagnahme gegen die Angeklagten des Rapp-Lüttwitz-Prozesses ist am 25. März vom 1. Strafgericht des Reichsgerichts beschlossen worden. Wegen der Kieler Vorfälle wurde die Voruntersuchung gegen den Admiral a. D. v. Levezow auf den Major a. D. v. Winterfeld, den Oberbürgermeister Lindemann, den Regierungspräsident Pauli-Schleswig und den Landrat Freiherr v. Loem ausgedehnt, von Levezow ist verhaftet. Pauli befindet sich in Schlosshaft. Die übrigen Angeklagten sind flüchtig. Steckbriefe gegen den Hochverrats beschuldigte Personen sollen nicht nur im Fahndungsblatt, sondern auch in den Tageszeitungen sowie an den Anschlagtafeln veröffentlicht werden. Für sachdienliche Beihilfe zur Auflösung des Sadoverhaltes oder Übersetzung und Eigreifung der Angeklagten wird eine Belohnung bis zu 10.000 Mark ausgesetzt.

Lüttwitz verschwunden.

Berlin, 29. März. (W.T.B.) Lüttwitz, gegen den am 18. März die Schuhhaft angeordnet wurde, ist, wie die "Börsische Zeitung" bestätigt, geflüchtet und spurlos verschwunden. Nunmehr erließ die Kommandantur Berlin einen Haftbefehl gegen den General.

Untaten der Marburger Studentenkompagnie?

Der Abg. Haas (Demokrat) hat in der Nationalversammlung bei Besprechung der Niederoberung der Aufstände in Thüringen gefragt: Was man über die Toten des studentischen Marburger Freiwilligenbataillons hört, ist entsetzlich und diese Leute, die ihre Opfer gewusst haben, "Heil dir im Siegerkranz" zu singen, ehe sie sie mit Maschinengewehren niederschossen, sind aus Marburg mit schwärz-weiß-roten Fahnen und mit Blumen geschmückt zum Kampf gegen das eigene Volk ausgetragen! Eine ewige Schande der Marburger Studentenschaft! Lebhafte Zustimmung links, starke Unruhe rechts. — Der "Vorwärts" erfasst über die Vorfälle, die vielleicht mit dem Abg. Haas geschah, folgendes: In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend kam ein Trupp Uniformierter in Kuhla an und nahm 16 Arbeiter fest mit der Erklärung, dass die Leute nach Gotha gebracht werden sollten. Diese 16 Arbeiter wurden auf einen Leiterwagen verladen. Der Wagen kam niemals in Gotha an, denn die 16 Leute wurden während der Fahrt bei Westerstadt erschossen. Unter den Toten befinden sich 1 Demokrat, 3 Mitglieder der S. P. D. und 12 Unabhängige. Drei Brüder, deren Vater bereits zwei Söhne im Felde verloren hatte, befanden sich unter den Erschossenen. Die Einwohner behaupten, dass die Tat von Feuerwehrmännern ausgeführt worden sei.

Rücktritt zahlreicher Offiziere.

Berlin, 29. März. (W.T.B.) Nachstehende Offiziere haben laut Mitteilung des Reichswehrministers ihren Abschied erbeten bzw. sind erzeigt worden. Generalleutnant v. Ettersch, Generalleutnant v. Bernuth, die Generalmajors v. Groedel, Freiherr v. Diepenbrock-Güter, von der Hardt, v. Lettow-Vorbeck, v. Doen, Freiherr v. Ledebour (Hamburg), Oberstleutnant v. Klewitz und die Majors v. Miasowski und Hagemann. Die Frage, inwieweit diese Offiziere durch ihr Verhalten während der letzten Vorgänge belastet sind, wird eingehend geprüft.

Annahmen der Entente-Kommission in Oberschlesien.

Berlin, 29. März. (W.T.B.) Die interalliierte Kommission gab für Oberschlesien einen Amnestieerlass heraus, dessen auch gerichtlich bereits anhängige Verfahren niedergeschlagen werden sollten. Die Strafammer in Oppeln erklärte unter dem Vorsitz des Landrichters Heidenheim, den Amnestieerlass insoweit für rechtsumwirksam, als er mit den deutschen Gesetzen in Widerspruch steht, wonach gerichtlich anhängige Verfahren nur im Wege des Gesetzes niedergeschlagen werden können. Das Recht der Gesetzgebung steht aber der interalliierten Kommission nach dem Friedensvertrag nicht zu. Als Antwort auf dieses Urteil entsezt die interalliierte Kommission den Vorsitzenden der Strafammer Oppeln seines Amtes und wies ihn aus dem Abstimmungsgebiet von Oberschlesien aus. Dieser Willkürakt jährt seinesgleichen. Der Kommission steht weder nach dem Friedensvertrag noch nach den Pariser Abmachungen das Recht zu, richterliche Beamte ihres Amtes zu entheben, von Ausweisung gar nicht zu reden. Die deutsche Reichsregierung erhob durch ihren Bevollmächtigten in Oppeln sowie durch die deutschen Vertretungen in Paris und London gegen das Verfahren der interalliierten Kommission nachdrücklich Einspruch.

Tschechische Deutschenverfolgung.

Der Berliner "Volksanzeiger" meldet aus Prag: Die erste von der nationalen Partei der Deutschen in Böhmen einberufene Wahlerversammlung wurde von tschechischen Soldaten gesprengt. Hierbei wurden eine große Anzahl von Männern und Frauen durch Kugelhiebe und Beulenstiche verletzt.

Eine Krise in Dänemark.

Kopenhagen, 20. März. Der König hat dem Staatsminister Zahl und seinen Kollegen den Abschied erteilt. Die Verabschiedung erfolgte wie ein Biss aus heiterm Himmel. Über die Gründe des Königs herrscht noch Unklarheit. Ohne Frage handelt es sich um einen Staatsstreich. Unzweifelhaft steht der Schritt des Königs in Verbindung mit der sozialdemokratischen Propaganda in der Flensburgischen Frage. In sozialdemokratischen Kreisen ist man sofort in eine Erörterung darüber eingetreten, den Staatsstreich mit dem Generalstreit zu beantworten. — Über die Ereignisse des heutigen Vormittags wird berichtet: Der Minister Zahl wurde zum König berufen, der sofort begann, über die politische Lage zu sprechen. Auf die Erklärung Zahlens, dass in der Flensburgischen Frage keine andere Politik möglich sei als diejenige, über welche Regierung und Reichstag sich geeinigt hätten, antwortete der König, dass er diese Ansicht nicht teilte. Auf die Frage des Königs, ob Zahl zurücktreten wolle, erwiderte dieser, er halte einen solchen Schritt unter den augenblicklichen Umständen für unverantwortlich. Darauf lagte der König, Wenn das Ministerium nicht selbst demissioniert, muss ich erklären, dass ich meinen Rücktritt wünsche." Damit war die Unterredung beendet.

Der König bat das Kabinett, die Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Ministeriums weiterzuführen, was vom Kabinett abgelehnt wurde.

Ein Ultimatum an den König.

Kopenhagen, 30. März. Der König hat das Ultimatum, abgewiesen. Die sozialdemokratische Partei hat daraufhin den Generalstreit für morgen früh proklamiert. Sie beabsichtigt ein eigenes Kabinett zu bilden und dem König und dem Kabinett, das in seinem Auftrag gebildet wird, zum Rücktritt aufzuhören.

Nukland und die Entente.

Berl., 29. März. (W.T.B.) Wie aus London gemeldet wird, hat der Vorsitzende der Wirtschaftskommission der Moskauer Sowjetregierung den Entente-Staaten erneut besondere Vergünstigungen für die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbegleitungen mit Sowjetrußland angeboten. Die Zusagen würden sich besonders auf Minenlizenzen und Konzessionen für Bewirtschaftung der Eisenbahnen und Schifffahrt erstrecken. Sowjetrußland verlangt nichts anderes als die Anerkennung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Nukland, sowie die Anerkennung, dass die Sowjetrussen auf dem Schlachtfelde siegreich geblieben seien.

Stürme in Nordamerika.

London, 29. März. Wie aus New York gemeldet wird, hat eine Reihe von Windstürmen große Teile Nordamerikas heimgesucht. Zahlreiche Personen wurden getötet, Hunderte von Häusern weggefegt. In Chicago wurden 20 Personen getötet und Hunderte verletzt. Die Verheerungen im Nordwesten der Stadt sind groß. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Dollar geschätzt.

Sitzung des Kreistages vom 29. März.

Die Abgeordneten sind vollzählig versammelt. Der Landrat eröffnet die telegraphische Einberufung des Kreistages damit, dass eine unauffindbare Arbeit zu erledigen sei, zu der die überraschende Gestaltung der Lage zwinge. Der Kreisausschuss sieht sich genötigt, eine Nachtragssteuer-Erhebung zu beantragen. Der Staat ist infolge der steigenden Teuerung um insgesamt 127.600 Mark überstritten worden, davon entfallen z. B. 14.000 Mark auf Gehaltserhöhungen, 5000 M. auf Porto, 10.000 Mark auf Formulare, 6000 Mark auf Instandsetzung der Büros usw. Diese Summen müssen gedeckt werden. Der Verband der preußischen Landkreise hat den Kreisen fortlaufend mitgeteilt, dass er mit den Zentralinstanzen in dem Sinne verhandle, dass den Kreisen anstehe der durch die Reichseincommensteuer in Fortfall kommenden Kreisabgaben für das Etatjahr 1920 der dann vorhandene

Bedarf zugleich des Fehlbetrages aus dem Etatjahr 1919 überwiesen würde. Dann wäre es verfehlt gewesen, wenn die Kreise Nachsteuer erhoben hätten. Am 9. März geht ein Schreiben des Verbandes der preußischen Landkreise vom 5. März ein, wonach er wiederum betont, in diesem Sinne mit den Zentralbehörden zu verhandeln, jedoch empfiehlt, der größeren Sicherheit wegen eine Nachsteuer zu erheben. Die Nationalversammlung hat jedoch am 6. März beschlossen, dass nur Nachsteuer, die bis zum 5. März beschlossen waren, kassiert würden, damit entfiel wiederum die Möglichkeit, Anfang März eine Nachsteuer zu erheben. Am 24. März hat der Landrat auf eine nochmalige Anfrage vom Verband der preußischen Landkreise die Antwort bekommen, dass als Stichtag für zulässige Nachtragssteuererhebungen nicht der 5. März, sondern bei Billigkeitsgründen der 31. März angenommen würde. Vom nächsten Jahre ab wird den Kreisen aus der Reichseinkommensteuer zur Deckung ihres Haushalts ihr Steuertarif von 1919 plus 25 Prozent auf 6 Jahre überwiesen. Bei dieser veränderten Sachlage war es geboten, sofort die Steuerbewilligung durch den Kreistag in leichter Stunde herbeizuführen zu suchen. Die Tatsache, dass fast alle nassauischen Kreise in diesen Tagen denselben Schritt tun, ist der beste Beweis, dass die äußeren Umstände und nicht ein Verschulden des Kreises die jetzige Lage herbeigeführt haben.

Der zur Deckung des Kreisdefizits notwendigen Summe entspricht ein Steuerprozent von 21,5 Prozent. Am 17. März hat nun noch der Landeshauptmann mitgeteilt, dass er die Bezirksabgabe um 13,5 Prozent erhöhen müsse, die Zustimmung des Kommunallandtages vorausgesetzt. Da dessen Zusammentreten durch die Bevölkerung verhindert ist, soll auf Grund eines von der Landesversammlung zu verabschiedenden Gesetzes durch den zu verstärkenden Landesausschuss die Beschlussfassung über diese Angelegenheit bis zum 1. April erfolgen. Da bei der Geschäftslage der Landesversammlung und der Nähe des Termins eine rechtzeitige Erledigung dieser Frage sehr unwahrscheinlich erscheint, wäre die Erhebung der 13,5 Prozent für die Bezirksabgabe nur für den Fall dieser rechtzeitigen Erledigung zu bewilligen. Die Kreisleitung ist sich der Schwere der nachträglichen Steuererhebung, die besonders hart die Städte trifft, wohl bewusst. Sie ist aber überzeugt, dass ein Verzicht auf die Steuer sich außer schwerste an der finanziellen Lage des Kreises und damit auch der Ortsgemeinden rächen würde.

Abg. Gottsardi-Limburg: Um die Nachtragssteuererhebung kommen wir wohl nicht herum. Es muss aber doch getröst werden, dass eine so ernste Frage uns erst ein paar Tage vor Schluss des Geschäftsjahrs urplötzlich gestellt wird. Der Landeshauptmann hätte doch wohl Zeit gehabt, von seinem Defizit früher Mitteilung zu machen. Die Stadt Limburg kommt nun gegenüber ihren Bürgern in eine schwere Lage, um so mehr, als sie in diesem Jahre schon einmal mit einer Nachtragssteuer kommen musste. Da die Erhebung der Bezirksabgabe infolge der gesetzgeberischen Schwierigkeiten so gut wie unmöglich erscheint, so beantrage ich, sie von vornherein auszuschließen.

Landrat Dr. Schelln hält nochmals über die Voraussetzungen auf, die die plötzliche und späte Auftauchung der Fragen notwendig machten. Den Eventualantrag über die Bezirksabgabe will er, um allen Möglichkeiten vorgebucht zu haben, aufrecht erhalten wissen.

Abg. Gottsardi zieht darauf seinen Antrag zurück.

Abg. Hertenthal hält die Bewilligung für unumgänglich.

Abg. Gräf erklärt jede nachträgliche Steuererhebung für unmoralisch und lehnt daher den Antrag ab.

Die Abstimmung ergibt die Bewilligung der Nachtragssteuererhebung von 21,5 Prozent für den Kreis und die eventuelle Erhebung von 13,5 Prozent für die etwa notwendig werdende Bezirksabgabe mit allen gegen zwei Stimmen.

Stadtverordnetenitzung vom 29. März 1920.

Anwesend der Magistrat vollzählig, vom Kollegium 24 Stadtverordnete. In Vertretung des Vorsteigers eröffnet Stadtv. Miller die Sitzung, für die auf Antrag Vawarch, da die vorgeschriebene Einladungsfrist nicht eingehalten werden konnte, die Dringlichkeit beschlossen wird.

In das Protokoll der letzten Sitzung ist der Bericht über die erste Beratung der Nachtragsforderung des Kreises aufgenommen, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Anschluss an die letzte Sitzung stattgefunden hat. Frau Dörksen und Stadtv. Stein behaupten, dass die Beratung eine geheime Sitzung gewesen sei, was besonders dadurch bewiesen sei, dass der Stadtv. Wieder schon damals gegen die Behandlung dieser Frage hinter verschlossenen Türen protestiert

habe. Bürgermeister Dr. Krüsmann und Stadtv. Busch stellen sich auf den Standpunkt, dass es sich lediglich um eine Vorbesprechung gehandelt habe, dass der Bericht darüber deshalb aus dem Protokollbuch zu streichen sei. Die Mehrheit der Versammlung entschiedet in diesem Sinne.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die „Erhöhung des Zuschlags zur Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1919 um 20 Prozent infolge nachträglicher Erhöhung der Kreis- und Bezirksabgaben.“

Bürgermeister Dr. Krüsmann referiert:

Nach den uns vor einer Woche erstmals gewordenen mündlichen Mitteilungen der Kreisverwaltung hat sich in dem Haushaltspolizei des Kreises für das Rechnungsjahr 1919 ein Fehlbetrag ergeben, der durch Nachrechnung von Kreissteuern gedeckt werden müsse. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass die Nachrechnung sich auch auf die Bezirkssteuer für den Bezirksverband Wiesbaden erstreden müsse, da auch die für den Bezirksverband notwendig gewordene und von diesem noch zu beschließende Erhöhung der Bezirksabgabe für das Rechnungsjahr 1919 im Wege der Umlage auf die Städte und Gemeinden des Kreises gedeckt werden müsse. Bei dieser ersten Mitteilung wurde die Nachrechnung von insgesamt 20 Prozent an Kreis- und Bezirksabgaben in Aussicht gestellt, wovon allein auf die Bezirksabgabe 13,5 Prozent entfielen. Zwei Tage später wurde jedoch von der Kreisverwaltung ebenfalls mündlich mitgeteilt, dass der Kreistag für Montag, den 29. März, zwecks Beschlussfassung über die Nachrechnung von Kreis- und Bezirksabgaben einberufen sei, und dass die anfangs vorgesehene Nachrechnung von insgesamt 20 Prozent Bezirks- und Kreisabgaben nach neuerer Feststellung nicht ausreiche, sondern allein für den Kreis eine Nachrechnung von 21,5 Prozent notwendig werde, da der Fehlbetrag sich im Kreishaushaltungsplan als erheblich höher, wie anfangs angenommen, herausstelle, nämlich rund 120 000 Mark betrage, und dass die Nachrechnung für den Bezirksverband außerdem 13,5 Prozent ausmache, jedoch im ganzen 35 Prozent des umlagefähigen Gemeindesteuertolls von den Städten und Gemeinden des Kreises für das Rechnungsjahr 1919 noch erhoben werden müssten. Das hiernach zugrunde zu legende umlagefähige Gemeindesteuertoll soll sich nach dem Stande vom 1. Januar 1919 richten.

Nach unserer Information am Landratsamt muss hier ein Missverständnis vorliegen. Der Landrat hat bei dem Telephongespräch, das in Gegenwart des Kreisausschusselfräters mit dem Bürgermeister stattfand, von Anfang an von einer Nachsteuer von rund 20 Prozent gesprochen. Es liegt vielleicht eine Verwechslung mit einem Nachbarkreis vor, der in diesen Tagen eine Nachsteuer von 6½ Prozent beschlossen soll. Es ist möglich, dass der Landrat in dem gleichen Gespräch diesen Fall erwähnt hat. Die Abg.)

Demzufolge hat heute der Kreistag des Kreises Limburg eine Nachrechnung von 21½ Prozent für Kreisabgaben beschlossen.

Der Kreistag hat bezüglich der Bezirkssteuer von 13½ Prozent die Umlage beschlossen, für den Fall, dass der Landesausschuss noch vor dem 1. April die Festsetzung der Bezirksabgaben beschließt. Die Möglichkeit dieser Beschlussfassung des Landesausschusses hält der Magistrat für ausgeschlossen, weil der Landesausschuss hierzu anstelle des Kommunallandtages noch durch ein der preußischen Landesversammlung zu beschließendes Gesetz ermächtigt werden muss, an dessen Verabschiedung bei der augenblicklichen Geschäftslage der preußischen Landesversammlung nicht zu denken ist. Demgemäß schlägt der Magistrat vor, von der bisher vorgesehenen Steuererhöhung zwecks Ausbringung der Bezirkssteuern für das laufende Rechnungsjahr Abstand zu nehmen.

Die Kreisabgaben ist im diesjährigen städtischen Haushaltungsplan bei Jugurdelegierung von 12 Prozent Kreissteuer, die bisher für das Rechnungsjahr 1919 vom Kreistag beschlossen waren, und 7,5 Prozent Bezirkssteuern, welche nach Mitteilung der Bezirksverwaltung voreilig vorbehaltlich der Festsetzung durch den Kommunallandtag für 1919 vorgenommen waren, ein Betrag von 50 000 Mark eingesetzt, der zur Deckung dieser bisher feststehenden Abgaben ausreichte. Die jetzt eingetretene gewaltige und außergewöhnliche Erhöhung der Kreis-Abgaben kann aus den zur Verfügung stehenden Mitteln des städtischen Haushaltspolizei für 1919 nicht gedeckt werden. Es sind an erhöhten Kreissteuern bei 21,5 Prozent des Gemeindesteuertolls vom 1. Januar 1919 nachzuholen 51 979,70 Mark. Es ist ohne weiteres klar, dass die städtische Verwaltung und die städtischen Rödergesellschaften sich mit ihren Ausgaben nicht auf eine derartige hohe Nachzahlung an Kreissteuern einrichten können, zumal die Nachzahlung erst in der letzten Woche des Rechnungsjahrs 1919 gefordert wird

hat keinen Platz mehr für Dich —“

Serena ließ sie ruhig ausreden. Kein Zug ihres Gesichts sprach von Scham oder Verkrampfung, und das empörte Tante Lott eigentlich am liebsten. Zuletzt glitt sogar ein Lächeln der Verachtung um Serenas Lippen, als sie völlig ruhig einwarf:

„Meint Du nicht, Tante Lott, dass das Vorzimmer eigentlich nicht der passende Raum für solche Auseinandersetzungen ist? Vielleicht wartest Du erst ab, was ich Dir zu sagen habe, ehe du dich unnütz ereiferst.“

Frau Wendel stieg die Treppe zur guten Stube auf. In ihr lochte es, Belohnungen wollte die junge Person ihr auch noch geben!

„Tritt also ein! Ich muss Dir nur gleich zeigen, dass Du falsch rednest, wenn Du auf meine Güte spekuliert hast.“

Serena trat ein und zog die Tür hinter sich zu. Ein weibliches Lächeln spielte um ihre Lippen.

„Auf Deine — Güte? O nein, Tante Lott! Da würde ich wohl falsch gerechnet haben. Außer der alten Gret' war in diesem Jahre niemand gültig zu mir. Doch — auch Albrecht —“

„Sprich lieber nicht von meinem armen Sohn, den Du so schändlich betrübst.“

Serena ignorierte die leichte Bemerkung. Sie hätte ja sagen können: Frag doch die Gret', ob ich ihn betrübt habe. Aber sie war ja nur gekommen, um eine Frage zu stellen. Darum sagte sie in der tiefen, vornehmen Weise, die sie noch nicht einen Moment zuvor acht gelassen hatte:

„Du kommst darüber ganz ruhig sein, Tante Lott — ich bin weder gescheitert mit meinen Absichten in Wien, noch habe ich das geringste Verlangen, je wieder in dieses Haus zurückzukehren. Wenn ich kam, so war es nur, um Dich zu fragen, warum Ihr mir verschwiegen habt, dass mein Vater noch lebt.“

Wäre ein Blick vor Tante Lott' niedergefahren, sie hätte nicht erschrocken zurückfahren können.

„Dein Vater — Du — weißt —“

„Dah er jetzt. Ja. Aber warum ich es erst zuhören habe ich mit eigenen Augen, wie Du mit einem wildfremden Herrn im Automobil fahrest — Wunder ist's ja seines nach dem, was wir hier mit Dir erlebten! Aber mein Haus, das

und auch die im städtischen Haushaltspolizei vorgenommenen Ausgaben der Stadt infolge der außergewöhnlichen Erhöhungsvorstellungen in erheblichem Maße gestiegen sind, diese gestiegenen Ausgaben unvermeidlich waren.

Mangels anderweitiger Deckung muss daher für das laufende Rechnungsjahr eine nochmalige Steuererhöhung der Einkommensteuer zur Deckung der erhöhten Abgaben vorgenommen werden. Das jetzt bestehende tatsächliche Staats-Einkommensteuertoll für 1919 in der Stadt Limburg beträgt rund 250 000 Mark. Zur Deckung der abzuzahlenden Kreis- und Bezirksabgaben muss der Kreis zu zahlenden Nachsteuern nun einen Zuschlag von 20 Prozent zur Staats-Einkommensteuer, der rund 50 000 Mark ergeben würde, erhoben werden. Wir gehen dabei davon aus, dass die Erhöhung des Zuschlags zur Einkommensteuer ohne gleichzeitige Erhöhung der Realsteuern die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erhalten, und rüsten uns hierbei auf die Ausführungsmaßnahmen zum Kommunalabgabengesetz, wonach zu den Auswendungen, welche durch Einkommensteuer zu decken sind, insbesondere auch die Kosten der den Gemeinden obliegenden Erfüllung der gemeinen staatlichen Zwecke gehören. Durch die vorgemachte Erhöhung von 20 Prozent erhöht sich der bislang bestehende Einkommensteuerzuschlag von 250 Prozent auf 270 Prozent. Dieser Zuschlag soll als letzte Steuerrate des Rechnungsjahrs 1919 bis zum 15. Mai d. J. erhoben werden. Mit dem zu Beginn dieses Monates von der Nationalversammlung verabschiedeten Reichs-Einkommensteuergesetz und dem Steuererhöhungsgesetz hört mit dem 1. April d. J. die Berechtigung der Gemeinden zur Erhebung von Zuschlägen auf die Einkommensteuer auf und werden in Zukunft den Gemeinden aus der Reichseinkommensteuer feststehende Beträge wiesen. Hierauf ist den Gemeinden aus der Reichseinkommensteuer die Überweisung des Steueraufkommens Rechnungsjahrs 1919 einschließlich der bis zum 10. April 1920 beschlossenen Nachsteuern und zugleich eines Zuschlags von 25 Prozent garantiert. Die nach dem 10. April 1920 beschlossenen Steuererhöhungen können für die Überweisung der Gemeinden aus der Reichseinkommensteuer an die Gemeinden vom Finanzminister berücksichtigt werden, wenn besondere Gründe vorliegen. Solche Billigkeitsgründe muss die Stadt für sich in Anspruch nehmen, weil es nicht anlegen hat, dass jetzt erstmals die erhöhten Kreisabgaben festgestellt werden, und muss demzufolge versuchen, für die Zukunft eine entsprechend höhere Überweisung aus der Reichseinkommensteuer zu erhalten, welche für die kommenden Jahre eine Entlastung für die Auflösung sonstiger Steuern zur Deckung der notwendigen Ausgaben bedeuten würde.

Wir bitten diese Angelegenheit als dringlich zu behandeln, da uns erst am Freitag vorher Woche die notwendigen Unterlagen für die Feststellung der Steuererhöhungen der Kreisverwaltung gegeben worden sind, und die Steuererhöhung vor Ablauf des Rechnungsjahrs, also vor dem 1. April, beschlossen werden muss.

Frau Stadtv. Dörksen hält die Frage, warum der Kreis nicht früher die Konsequenzen aus seinem Defizit zogen habe, nicht gellässt und bittet die Stadtverordneten, die der Sitzung des Kreistages in gleicher Angelegenheit beigewohnt haben, um Aufklärung.

Stadtv. Laibach: Alles Klagen kann uns vor der Willigung nicht bewahren.

Stadtv. Rein: Wir werden wieder, wie schon vor vollendetem Tatsachen geltet. Das Vorgehen des Kreises ist durchaus verständlich. Ich lehne die Bewilligung ab.

Stadtv. Sternberg: Der Kreis sollte den Betrag aus seinen werbenden Unternehmungen deduzieren.

Stadtv. Stein: Wir müssen die Vorlage ablehnen, wir können uns nicht von heute auf morgen mit einem Jagd, von der kein Mensch vorher etwas gewusst hat, so tief eingreifende Bewilligung abzwingen lassen.

Stadtv. Wicker: Wir haben in der letzten Sitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit über die Nachtragssteuer beraten, welchen Eindruck muss das in der Bevölkerung machen? Das ist nur auch nicht einmal in das Protokoll gekommen, wir dürfen also nur bewilligen. Diejenigen, die im Kreistag sitzen, können gar nicht darum herum, Auskunft zu erteilen, wie ein so riesiges Defizit im Kreis entstehen könnte. Ehe seine Aufklärung erfolgt, benötigt mich keine Steuern.

Stadtv. Vauwarch: Wir sind in der Samstagssitzung von der Schweigepflicht entbunden, wir können die Bevölkerung aufklären.

Stadtv. Raht: Es wäre am richtigen gewesen, die Frage bereits in der letzten öffentlichen Sitzung aufzutragen. Herr Sternberg ist im Irrtum. Wir können dem

Sie hatten beide das Gehör der Flüttür überholt. Sie redeten sie zusammen, als sich die Türe der Stube schloss und der Schuldirektor eintrat.

Er kam in bester Laune von seinem Morgenspaziergang. Als er aber Serena erblickte, veränderte sich der Ausdruck seines Gesichts sofort.

Erst Stunden, dann Entrüstung — zuletzt ein heiterer Ausdruck, wie er ihn sonst in seiner Anstalt aufwies, wenn er im Begriff stand, einem der jungen Lehrlinge salbungsvollen „Küssel“ zu erteilen.

„Es — es, Frau Professor Euler! Ich dachte nicht.“

„Guten Morgen, Onkel.“

„Serene will — sie ist gekommen —“, stammelte Onkel Lottie noch immer fasungslos.

„Dachte nicht,“ fuhr der Schuldirektor unbedingt, „dass man die Stirn hätte, sich hier noch blenden zu lassen.“

„Serene weiß, dass ihr Vater lebt,“ unterbrach ihn Frau zum zweitenmal, und diesmal verlor er den Faden seiner Rede.

Einen Augenblick blieb es still.

Dann sagte Serena ruhig: „Es ist mir lieb, dass du kamst, Onkel. Du warst Bormund und bist wohl am beruflichsten, mit Auskunft teilen. Wie kommt es, dass man nie von meinem Vater sprach?“

Der Schuldirektor hatte seine Brille abgenommen und starrte daran herum. Der feierlich blöde Ausdruck voller Befriedigung und stiller Entrüstung war ihm verloren gegangen.

Endlich fand er seine Worte halbwegs wieder, legte Brillen auf und sagte, an Serena vorübergehend:

„Du fragst wie ein Inquisitor. Aber wir haben es nicht zu verborgen. Wir haben gehandelt nach Gewissen — wie immer. Dein Vater war ein leichtes Lied. Wie Künstler“ — er legte alle Verantwortungen er fähig war, in das Wort — „eben sind. Neben lang es ihm, meine arme Schwester völlig zu bestören.“

„Sie war glücklich mit ihm,“ murmelte Serena.

(Fortsetzung folgt)

nichts in seiner Geschäftsführung vorschreiben. Er kann Vorschriften auf die Gemeinden abwälzen. Uns bleibt nur die Entscheidung, wie wir die Kosten aufzubringen.

Stadt. Stein verlangt nochmals Auskunft von den Kreistagsmitgliedern.

Stadt. Wicker: Wir müssen der Bevölkerung gegenüber verantworten, warum wir sie mit solchen Abgaben beladen. Was gebietet der Magistrat zu tun, um uns in Zukunft vor einer Lage wie der heutigen zu bewahren? Es wird uns immer vorgerebetet, daß die Stadt später einen Vorteil bei der Reichseinkommensteuerverteilung hätte, wenn wir bewilligen. Wenn aber der Kreis die Zuweisung aus der Reichseinkommensteuer bekommt? Dann bekommen wir gar nichts.

Bürgermeister Dr. Krüsmann: Der Magistrat hat kein Kontrahrecht über den Kreis. Wir haben aber natürlich eine Anklärung gebeten. Es ist uns gesagt worden, daß querst die Deduktion aus anderen Mitteln geplant war, daß aber in den letzten Tagen die Nachricht eingetroffen sei, daß die Aussicht, den Betrag aus Staatsmitteln zu erhalten, durch einen neuen Beschluß der Nationalversammlung ungültig geworden sei und darum die Umlage auf die Gemeinden als der beste Weg erscheine. Die Notwendigkeit der Erhebung einer nachträglichen Bezirksabgabe von 13,5 Prozent, die vom Kreisamt in den Bereich der Möglichkeit gezogen wurde, erscheint durch Schwierigkeiten der Gesetzgebung so unzweckmäßig, daß wir glaubten, darüber hinwegsehen zu können. Nichts deutet bisher darauf hin, daß die Bevölkerung Herrn Wicker, die Kreise erhalten die Zuweisungen aus der Reichseinkommensteuer, eintreten würde.

Stadt. Wicker: Es ist immer noch aufzuführen, wie der Kreis an einem Tage sein Steuersoll auf 6 Prozent und zwei Tage später auf 21 Prozent festsetzen konnte.

Stadt. Gotthardt: Der Herr Landrat erklärt diese Differenz für einen Irrtum seitens der Stadt.

Bürgermeister Dr. Krüsmann: Die erste Mitteilung ist uns durch ein Telefongespräch gemacht worden. Ein Irrtum erscheint uns aber ausgeschlossen.

Stadt. Baumgart: Wir können leider nur bewilligen, die Verantwortung müssen wir dem Kreis überlassen.

Stadt. Kern: Die Bürgerschaft konnte in den zwei Tagen seit Samstag nicht aufgeklärt werden. Die ewige Überleitung bringt uns immer in solche Situationen.

Stadt. Herrenrath: Ich möchte Herrn Kern fragen, ob er uns einen besseren Weg zeigen kann?

Stadt. Kern: Ich wende mich nur gegen die Bewilligung von Steuern, die auf eine so übereitete Art uns hier abverlangt wird.

Stadt. Rahn: Die Summe muß herbei, Mittel haben wir nicht mehr, also muß sie durch Steuern aufgebracht werden.

Die Abstimmung ergibt die Bewilligung der beantragten Nachtragssteuer-Erhebung von 20 Prozent gegen die Stimmen der Demokraten und der Sozialdemokraten.

Eckaler und vermischt

Limburg, 31. März 1920.

Einwohnerwehr. Heute abend findet in der "Stadt Wiesbaden" keine Versammlung des dritten Bezirks der Einwohnerwehr statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung belannt gegeben. Die Mitglieder des Bezirks werden dringend zur Teilnahme an der Versammlung eingeladen und darauf hingewiesen, daß dauerndes, unentbehrliches Fernbleiben den Ausschluß aus der Wehr zur Folge hat.

Wibra, 30. März. (Raubmord oder Unfall?) Der kleine Photograph Bölkow wurde gestern abend an der Straße Selters-Ramstadt tot aufgefunden. Das Fahrrad, die Uhr und die Taschenuhr, die der Tote bei sich hatte, sind verschwunden. Ob ein Raubmord oder ein Unfall vorliegt, und die Sachen erst später gestohlen worden sind, konnte noch nicht ermittelt werden. Die Leiche weist lediglich hinter den Ohren blaue Flecken auf.

Brandenburg, 29. März. (WTB.) Gestern meuterten die Wärterpersonal und erbrachen die Montierungslammer. Etwa 140 Gefangene, die sich mit Zivilanzügen versehen, sind entkommen. Bis heute früh wurden von den Entflohenen 80 eingeliefert.

Brandenburg, 29. März. Bei der Revolte in der Strafanstalt zu Brandenburg wurde Militär zu Hilfe gerufen. Die Meuterer hatten sich mit Karabinern bewaffnet. Bei dem Kampfe wurden zwei Meuterer erschossen und neun schwer verletzt. Die Zahl der leichtverletzten ist noch nicht festgestellt. Von den Wärtern ist keiner umgekommen. In Genthin wurde ein Zuchthäusler erschossen, zwei schwer verwundet. Von 152 Flüchtlingen fehlen noch 11.

Schwämme, Fensterleder

Bade-, Kinder-, Fenster-, Wagen- und Tafelschwämme billigst.

Kleinvorkauf. J. Schupp Grossverkauf. Seitlerei. Tel. 277. Limburg, Frankfurterstr. 15. Tel. 277.

Am vorteilhaftesten kaufen Sie Ihre

Papierabfälle

bei
Joh. Weimer, Hollgartenweg
Adolf Wolf, Stefanshügel
unter Garantie des Einschlusses. 14/68
Auf Wunsch wird jeder Posten prompt abgeholt.

Arbeitsbücher
zu haben in der
Kreisblatt-Druckerei.

Ein Gasbadeofen
zu kaufen gesucht. 3/78
Mehreres in der Expedition
des Blattes.

Modellhut-Ausstellung!

Den Eingang sämtlicher Neuheiten in schick garnierten 5/73

Damen- und Kinder-Hüte
beeindruckt ergeben sich anzusehen

Fa. Franziska Zimmermann,
Limburg, Untere Grabenstr. 34

Trauer-Hüte Trauer-Schleier

Am Samstag den 3. April
d. J. sind unsere Kassen
geschlossen.

Bank für Handel u. Industrie
Landesbankstellen Hadamar u. Limburg
Kreissparkasse
Vorschussverein. 20/74

Reine Weinbrand-Kognak's

Marken:

Goldstück

Edelstück

Urstück

"Asbach-Uralt"

empfiehlt

T.W. Klein, Limburg (Lahn),

Destillation und Likörfabrikation,
Diezerstr. 36. 61/74 Fernruf 404.

Schlackenstein,
Grau- u. Weiß-Stückenkalk
sowie
gemahlenen Sackkalk

gegen Freigabeschein: der Bezirkswohnungskommissare waggonweise prompt und billigt. 2/74

Gebrüder Kahl, Giessen.

Rückershausen i. Taunus.

Am zweiten Osterfeiertag findet in meinem Saal von nachmittags 3 Uhr ab

große Tanzmusik

bei Bier statt, wozu freundlich eingeladen

8/74 Gastwirt Karl Schön.

Weinhandlung Gebr. Besmann, Limburg

Weiersteinstr. 3. —————— Fernruf 353.

Wir empfehlen:

Weisswein

Rotwein

Schaumwein

Obstschaumwein

Cognac-Weinbrand

Weinbrand-Verschnitt

Zwetschenwasser

Cherry brandy

Günstigste Bezugsquelle für Gastwirte und Wiederverkäufer.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
bei dem Hinscheiden unseres lieben Sohnes

Heinrich Schuh

sagen wir allen unseren innigsten Dank. Insbesondere danken wir Herrn Pfarrer Poheler für die trostlichen Worte am Grabe, sowie dem Turnverein, seinen Arbeitskollegen, seinen Kameraden und Kameradinnen sowie für die vielen Kranspenden und vor allem denen, die unsern lieben Verstorbenen durch so viele Aufmerksamkeiten während seiner langen Krankheit erfreuten.

Die liebesträumer Eltern

Wilhelm Schuh u. Frau.

Rauheim, den 29. März 1920. 7/74

Wassfahrt nach Waldürn.

Die Kölner Fuß-Prozession zieht in diesem Jahr an den Gnadenort Waldürn in Baden, zum Heiligen Blut, damit Gott uns den Frieden gebe.

Am Freitag, den 28. Mai in Urbach hl. Messe mit Segen; danach Auszug der Prozession, die am Sonntag den 30. Mai abends in Elz eintrifft. Auszug der Prozession aus Elz am Montag, den 31. Mai früh 4 1/2 Uhr. Ankunft der Prozession am Gnadenort am 3. Juni abends und Abfahrt von dort am 5. Juni.

Polizeilichen Ausweis und Brotmarke mitbringen.

Anfragen und Bestellungen sind zu richten an den Prozessionsführer Theodor Müller in Urbach bei Vorz. a. Rh., Waldstraße 105. 5/74

Ia. Cocosbesen,
Schrubber,
Abseifbürsten,
Waschbürsten,
Putztücher,

sowie alle

Putzartikel

empfiehlt

16/74

J. Arnet Nachf.

(Inh.: Max Büdel)

Salzgasse 8.

Telefon 211.

Tüchtiges Juvel. Mädchen

bei gutem Lohn und guter Behandlung sofort gefücht.

Gran Waldemar Körner,
Niedwied, Engerstorferstraße 47.

Farben, Lacke,

Malerschablonen,

Bürsten und Pinsel,

Mineralöle, 9/73

Hutlack,

Strobin.

Pet. Jos.

Hammerschlag.



Drogen.

Materialwaren.

Farben.

Freibank.

Gegen Fleischkarten:

Donnerstag, d. 1. April von 3 bis 4 1/2 Uhr nachmittags von Karten Nr. 100 bis 1300 und von 1 bis 150.

Es werden pro Familie 1 Pfund abgegeben. Preis pro Pfund 3 Mt. und 3 50 Mt. 12/74 Schlachthofverwaltung.

Offizielle 12/74

1000 Flaschen

Spanischen Weisswein

mit Kiste und Glas

a Flasche 22 Mark

Offizielle 12/74

Färberei und Chem. Reinigungsanstalt

Heinrich Wagner Nachf.,

Limburg a. d. L., Telefon 94

Annahmestellen: Frankfurterstr. 31,
Frankfurterstr. 37, Eschhöferweg 6.

färbt

Herren-, Damen- und Kindergarderobe

getrennt und unzertrennbar.

Stoffe jeden Gewebes, Plüsch, Möbel-

stoffe, Woll- und Baumwollgarne,

Leinen, Gardinen usw. in den

haltbarsten und modernsten Farben,

Sämtliche Aufträge werden schnellstens ausgeführt. — Trauersachen in 2 bis 3 Tagen.

Nährmittel für Kränke.

Donnerstag den 1. April, nachmittags von 2—4 Uhr
in der Aula des alten Gymnasiums Ausgabe von Nährmitteln
für Kränke, denen lt. Benachrichtigung von der Arztkommission
solche zugelassen sind.

Auf den Kopf wird für M. 6.30 ausgegeben.

Ausweise sind vorzulegen.

Limburg, den 30. März 1920.

18/74

Stadt. Lebensmittelamt.

Beschluß.

In der Konsolidationshalle von

Neesbach

— R. IV. 18 — wird der Plannachtrag III in Gemäßigkeit
des § 6 des Gesetzes vom 4. August 1904 für vollstreckbar
erklärt.

Limburg, den 27. März 1920

Kulturrat.

6/74 Schiffert, Regierungsrat.

Unkholz-Versteigerung.

Samstag den 3. April 1. Jh.

nachmittags 1 Uhr

anfangend, kommt im hiesigen Gemeindewald nachfolgendes
Holz öffentlich meistbietend zum Verkauf:

24 Eichenstämmen mit 20,61 fstm. (darunter 3 Schneid-

Rämme mit 5,20 fstm.),

15 m. eichen Kürschholz (zum Teil gespalten),

11 Buchenstämmen mit 7,87 fstm.

Anfang: Nassen an der Straße.

Übertiefenbach, den 30. März 1920.

4/74 Der Bürgermeister.

Verdingung.

Zur Kanalierung bisheriger Ortsstraßen soll das Verlegen
von 459 lfd. m. Zementrohren und Herstellen von 8 Stück
gemauerten Schächten im Submissionswege vergeben werden.

Bei dem unterzeichneten Bürgermeisteramt liegen die Be-
dingungen und Pläne zur Einsicht offen, wohin auch die An-
gebote bis zum 10. April d. Jh., mittags 1 Uhr ein-
zureichen sind, und werden diese ab dann in Gegenwart der
etwa erschienenen Bieter geöffnet.

Heringen, den 30. März 1920.

Der Bürgermeister:

13/74 H. Ekelmann.

Mieterschuhverein Limburg.

Unsere werten Mitglieder machen wir auf den amtlich be-
kannt gegebenen Magistratsbeschluss vom 12. März 1920 auf-
merksam, nach welchem eine Steigerung von nur 20% zum
Mietpreis vom 1. Juli 1914 gesetzlich zulässig ist.

Wieder darüber hinaus bezahlte Mietpreise sind auf diesen
Friedensstand gütiglich 20% geistige Steigerung zu fürchten.

Alle zu widerlaufenen Forderungen ersuchen wir ebenso
höflich wie bestimmt zurückzuweisen und sich in Zweifelsfällen
an den Vorstand wenden zu wollen.

15/74 Der Vorstand.



mit und ohne Farbe,
Deckenfürsten,
Pinsel,
sowie sämtliche Farbwaren

empfiehlt das Farbgeschäft

J. Arnet Nachf., Limburg

(Inh. Max Büdel). 17/74

Salzgasse 8. Telefon 211.



Zu der am 2. Oftertage stattfindenden

Tanzmusik

Ladet freundlichst ein

Wilh. Schnabel Ww.

14/74 Burgschwalbach.



Herren-, Damen- und Kindergarderobe

getrennt und unzertrennbar.

Stoffe jeden Gewebes, Plüsch, Möbel-

stoffe, Woll- und Baumwollgarne,

Leinen, Gardinen usw. in den

haltbarsten und modernsten Farben,

reinigt

Herren-, Damen- und Kindergarderobe

jeder Art,

Teppiche, Gardinen, Handschuhe,

Bettfedern usw.

Aufdümpfen von Sammet-Kostümen,

Aufbügeln von Herren- und Damen-

Garderobe

10/74

Trauersachen in 2 bis 3 Tagen.

Schönes möbl.

Zimmer

zu mieten gesucht.

Offerete unter Nr. 11/74 an

die Exped. d. Bl.

Solider fleißiger

Mann

für leichtere Beschäftigung, da-
unter auch etwas Gartenbau,
zum Eintritt nach den Oster-
feiertagen oder auch gleich
gesucht.

Von wem, sagt die Exped.

d. Bl. 12/72

Suche für mein Kaufm.

Büro 4/68

Behrling

mit guter Schulbildung und
aus achtbarer Familie.

Wilh. Möbus, Automobile,
Limburg (Bahn).

Zuberläufigen

Wachhund

(Hofhund) zu kaufen gesucht.

Angebote mit Name, Alter

und Preis an 12/73

Maschinenfabrik Scheid,
Limburg.

Danksagung.

Nachdem die Heimkehr der Kriegsgefangenen über
den Durchgangspunkt Limburg beendet ist, ist es dem
Empfangsausschuss ein tiefgefühltes Bedürfnis, allen
denen, die sich am Empfange beteiligt haben, den
herzlichsten Dank für ihre Mitwirkung auszusprechen.
Dies gilt einmal allen Bewohnern der Stadt, die durch
das Beflaggen ihrer Häuser den festlichen Eindruck
hervorgerufen haben, der die Ankommenden so an-
genehm berührte, es gilt aber vor allem den Damen
und jungen Mädchen, die auf dem Bahnhofe die ein-
tretenden Krieger bewillkommen und bewirten.
Sie haben eine lange und oft recht anstrengende Tä-
tigkeit in der hingebendsten und opferwilligsten Weise
geleistet und ihnen besonders ist es zu danken, wenn
der Zweck des Empfangs, den nach schweren Tagen
dem Vaterlande Wiedergegebenen den ersten warmen
Gruss der Heimat zu entbieten, vollständig erreicht
worden ist. Möge ihnen allen neben dem Dank des
Ausschusses das Bewusstsein, an einer guten vater-
ländischen Tat mitgewirkt zu haben, eine Belohnung
für ihre Arbeit sein!

LIMBURG, Ende März 1920.

Der Empfangsausschuss für die heimkehrenden
Kriegsgefangenen. 10/74

Limburger Spar- und Bau-Verein E. G. m. b. H. Bilanz am 31. Dezember 1919.

Aktiva	A	I	Passiva	A	I
1. Bebaute Grundstücke:			1. Geschäftsguthaben		
a) Gruppe Holzheimerstraße	85238	54	2. Hypotheken	111535	63
b)	390150	02	3. Rücklagenkonto	414088	78
c) Kleinhäuserbauten	4875	25	4. Hilfsrücklagenkonto	6159	02
2. Unbebaute Grundstücke	2822	07	5. Ergänzungskonto	2598	37
3. Inventorien	155	76	6. Kontokorrentkonto	333	45
4. Rohstoffbestand	1164	27	7. Gewinn- und Verlustkonto	3835	71
5. Sparschriften	7248	22		3118	73
6. Wertpapiere	2385	—			
7. Bankkontos	47630	56			
	541669	69		541669	69

Gewinn- und Verlustberechnung.

Ausgaben	A	I	Einnahmen	A	I
Büsen für Hypotheken und Darlehen	11991	76	Mieten	29296	50
Betriebskosten	4352	45	Büsen	512	52
Reparaturen	3999	—	Landpacht	381	94
Geschäftsunkosten	1920	52			
Landpacht	251	50			
Abschreibung auf Gebäude	4540	—			
" Inventarien	17	—			
Reingewinn	3118	73			
	30190	96			

Zahl der Mitglieder:

Befind am 1. Januar 1919 = 207, Zugang: 136, Abgang: 7. Befind am 31. Dezember 1919 = 336.

Zahl der Geschäftsanteile:

Bei Beginn des Berichtsjahres 408, am Schlusse des Berichtsjahres 667.

Die Haftsumme sämtlicher Mitglieder betrug am Schlusse des Berichtsjahres 133400 — M.

Dieselbe hat sich gegen das Vorjahr vermehrt um 51800 — M.

Das Geschäftsguthaben betrug am Schlusse des Berichtsjahres 111535.63 M.

Es hat sich gegen das Vorjahr vermehrt um 48375.54 M.

9/74

Der Vorstand:

Anon. Vietor.

Josef Zimmermann

Wilhelm Heinhardt.

Zementersatz

für Zementwarenfabriken und Kunstein-Werke, Bau und
Tüncher-Geschäfte etc. liefern prompt waggonweise — Frei-
gabescheine nicht erforderlich. Probestücke zu Diensten.
Wiederbeschaffung erhalten Rabatt.

3/74

Gebrüder Kahl, Giessen.

Natürliches 4/44

Ober-Selterser Mineralwasser

Aerztlich empfohlen!

</